

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 36

Berlin, den 7. September 1929

4. Jahrgang

Ein bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege der gewerkschaftlichen Entwicklung.

Kartellvertrag

zwischen dem Fabrikarbeiter- und dem Metallarbeiterverband.

Nach dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses wird die zwangsmäßige Errichtung von Industrieverbänden abgelehnt. Sie wird der Verständigung zwischen den einzelnen Verbänden überlassen. Die schon erfolgten freiwilligen Verschmelzungen werden anerkennend hervorgehoben und zur Nachahmung empfohlen. Darin sah man die beste Entwicklungsmöglichkeit, zu Industrieverbänden zu kommen, im Gegensatz zu der geplanten Zwangserrichtung. Die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes konnten mit Genugtuung diesen von ihnen erstrebten Wandel der Ansichten feststellen und dadurch auch für die vorgelegte Entscheidung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses stimmen. Wir glauben mit Recht annehmen zu dürfen, daß diese Willensänderung auch die volle Gleichberechtigung und Wertschätzung des Fabrikarbeiterverbandes durch die anderen Gewerkschaften enthält.

Die Folgen dieses Beschlusses haben sich gut ausgewirkt. Der Weg zur freiwilligen Verschmelzung ist mit weiterem Erfolg beschränkt worden. Die Glas- und Porzellanarbeiter haben sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen, haben in ihm den Keramischen Bund gebildet. Sie können heute auf eine dreijährige Mitgliedschaft zurückblicken und erkennen an, daß der Beschluß vorteilhaft gewesen ist.

Diese unsere Verschmelzung und auch die späteren anderer Verbände haben die Gewerkschaftsbewegung gestärkt und gefestigt; aber für den Fabrikarbeiterverband waren damit noch nicht alle Reibungsflächen beseitigt. Obwohl der Fabrikarbeiterverband seit langen Jahren grundsätzlich den Standpunkt eingenommen hatte, er wolle auf die Organisierung der Hilfsarbeiter verzichten, blieb die Antwort der anderen Berufsverbände aus, von denen wir als Gegenleistung und zur Festigung unserer Organisation, zur besseren Interessenvertretung unserer Mitglieder die in unserem Organisationsbereich tätigen Handwerker verlangt hatten. Das ist mit wenigen Ausnahmen bisher nicht geschehen. Im Gegenteil hatten wir darunter zu leiden, daß an unseren Lohn- und Tarifbewegungen immer eine recht große Anzahl freier Gewerkschaften beteiligt waren, die in mehr oder weniger scharfer Weise Mitbestimmungsrecht und Mitbestimmungsrecht verlangten. Die Richtlinien des DGB wurden zwar bekräftigt durch den Breslauer Beschluß über die Führung gemeinschaftlicher Lohnbewegungen. Aber auch dieser Beschluß brachte uns noch nicht die gewünschte Ellenbogenfreiheit. Die sonst allen Verbänden zugestandene Führung und Zuständigkeit in ihrem Industriezweig wurde uns oft streitig gemacht.

Die allseitig als notwendig anerkannte Konzentration der Gewerkschaften, die Bestrebungen, strikte Grenzen besser abzustechen, die Notwendigkeit, bei Lohn- und Tarifverhandlungen möglichst tatkräftig sein zu können, führte uns zu Verhandlungen mit vielen Verbänden. Mit dem Verkehrsband haben wir einen Kartellvertrag im Winter dieses Jahres abgeschlossen. Mit dem Metallarbeiterverband haben wir seit langer Zeit verhandelt über den Abschluß eines Kartellvertrages, der nunmehr fertiggestellt ist und anschließend veröffentlicht wird.

So wie der Fabrikarbeiterverband seit langen Jahren anerkannt hat, daß der Metallarbeiterverband für die Metallindustrie zuständig ist, so erkennt nunmehr der Metallarbeiterverband grundsätzlich an, daß der Fabrikarbeiterverband zuständig und führend sein muß in allen Industriezweigen, die ihm nach geltendem Gewerkschaftsrecht bisher zugewiesen waren. Diese Zuständigkeit erstreckt sich nicht nur auf die Produktionsarbeiter, sondern auch auf die Handwerker, die bisher im Metallarbeiterverband organisiert waren und in ihm ihre Interessenvertretung sahen. Für die chemische Großindustrie konnte und wollte der Metallarbeiterverband ein solches Zuständigkeitsverhältnis nicht machen. Da hat er sich Reservatrechte ausbedungen, die wir ihm auch eingeräumt haben. Für die übrigen Industrien wurde unsere Allein-zuständigkeit zugestanden und vereinbart. Damit sind wir noch nicht an unserem gewünschten Ziele, aber auf dem Wege zur Industrieorganisation sind wir ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Wir hoffen, daß der Kartellvertrag sich auch auf das Verhältnis mit anderen Verbänden auswirken wird.

Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages sprechen für sich. Wir bitten unsere Gauleitungen, Ortsverwaltungen, Funktionäre und Mitglieder, den Vertrag nicht nur zu lesen,

sondern ihn in allen seinen Bestimmungen zu beachten und zu befolgen. Dabei wissen die Vertragsschließenden Verbände, daß sich die Ueberleitung nicht in allen Fällen plötzlich vollziehen kann. Daß wir darauf Rücksicht nehmen müssen, ist anerkannt und vertraglich beiderseitig festgelegt worden. Auch hier gilt der Grundsatz: Kameradschaftliche Zusammenarbeit und Verständigung bringt uns am ehesten zum Ziel. Wir hoffen, daß der Kartellvertrag ein reibungsloses und erfolgreiches Zusammenarbeiten der beiden Gewerkschaften ermöglicht und damit der Allgemeinheit dient.

Kartellvertrag zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband.

§ 1. Zweck des Vertrages.

In dem Bestreben, die Schaffung von Industrieverbänden zu fördern, wird zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein

Kartellvertrag

abgeschlossen mit dem Zweck, strittige Agitationsgebiete des Fabrik- und Metallarbeiter-Verbandes abzugrenzen, sowie in den Betrieben und Industriezweigen, in denen beide Verbände Mitglieder haben, ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten zu bewirken.

§ 2. Zuständigkeit der Verbände.

a) Fabrikarbeiter-Verband:

Der Fabrikarbeiter-Verband ist zuständig für alle Betriebe der chemischen Industrie, der in seinem Statut angeführten Nahrungsmittelzweige, der Zellstoff-, Holzstoff-, Papier- und Pappenerzeugungs-, Tapeten- und Wellpappenindustrie, der keramischen Industrie, der Spielwarenindustrie mit Ausnahme solcher Betriebe, die Spielwaren aus Metall herstellen, sowie der Blumen- und Federnindustrie. Die Zuständigkeit erstreckt sich auch auf die in diesen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter. Für die chemische Industrie bleibt der Metallarbeiter-Verband für gelernte und angelernte Metallarbeiter zuständig. Als solche Betriebe der chemischen Industrie kommen nicht in Betracht:

Lein-, Gelatine-, Superphosphatfabriken, Zellhorn-, Zellhornwarenfabriken, Dachpappenfabriken, Holzimprägnieranstalten, Holzverfälschungswerke.

Für die Gummiindustrie ist der Fabrikarbeiter-Verband allein zuständig mit Ausnahme der Continental-Großbetriebe in Hannover, in denen der Metallarbeiter-Verband für die gelernten und angelernten Metallarbeiter zuständig ist. Die Gummiabteilungen der Kautschukwerke gehören zum Metallarbeiter-Verband.

Die Betriebe zur Erzeugung von Aluminium mit Einschluß der Ungießerei, Zinkhütten und solche Kupfer- und Bleihütten, in denen Kupfer und Blei auf chemischem Wege durch Auslaugung und Ausfällung erzeugt wird, gehören als chemische Betriebe zum Agitationsgebiet des Fabrikarbeiter-Verbandes einschließlich der elektrolytischen Anlagen dieser Betriebe.

In diesen Betrieben verzichtet der Fabrikarbeiter-Verband auf die Arbeiterinnen und Arbeiter der Weiterverarbeitung, auch wenn diese mit dem Herstellungsbetriebe verbunden ist (Herstellung von Aluminiumwaren, Walzwerke sämtlicher Gütten).

Alle Bleiweiß-, Lithopone-, Zinkweiß-, und sonstigen Metallfarbenfabriken, auch wenn sie als Gütten firmieren, verbleiben dem Fabrikarbeiter-Verband.

N u s n a h m e n :

Außer in der chemischen Industrie bleibt der Deutsche Metallarbeiter-Verband auch im übrigen Gebiet des Fabrikarbeiter-Verbandes für alle geschlossenen Metallbearbeitungsbetriebe (Apparatebau, Kesselschmiede, Maschinenbau usw.) dieser Industrien, und zwar für gelernte, angelernte und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen zuständig.

b) Metallarbeiter-Verband:

Der Metallarbeiter-Verband ist zuständig für alle Betriebe der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie einschließlich der Werften, gleichwohl ob es sich dabei um gelernte, angelernte oder ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen handelt.

Akkumulatorenfabriken, Kupfer- und Bleihütten gehören zum Agitationsgebiet des Metallarbeiter-Verbandes, soweit die Kupfer- und Bleigewinnung durch Schmelzverfahren in Schacht- oder Hochöfen vor sich geht. Die in solchen Gütten vorhandenen elektrolytischen Anlagen sind mit eingeschlossen. Auch für Zinkhütten, die nur metallisches Zink herstellen, ist der Metallarbeiter-Verband zuständig. Die Röstereien und Schwefelsäureanlagen der Kupfer-, Blei- und Zinkhütten sind, obwohl chemische Betriebe, als Nebenbetriebe der oben genannten Gütten für den Metallarbeiter-Verband zuständig. Dasselbe trifft auf Thomaschlackemühlen zu, soweit diese Eisenhüttenwerken direkt angegliedert sind.

N u s n a h m e n :

Im Gebiet des Metallarbeiter-Verbandes sind folgende eingekapselte Abteilungen für den Fabrikarbeiter-Verband zuständig: Kalk- und Zementfabriken, Ziegeleien, feuerfeste Industrie, Porzellanfabriken, Glasfabriken, Glasklebereien und Glasbläsereien.

§ 3. Agitation, gegenseitige Hilfe.

Die Mitglieder beider Verbände in gemeinsamer Arbeitsstellen haben sich gegenseitig kollegial zu begegnen und bei der Gewinnung indifferenten Kollegen gegenseitig Hilfe zu leisten. Die Zugehörigkeit eines Mitgliedes zu beiden Verbänden ist nicht statthaft.

§ 4. Neuaufnahmen und Uebertritt von Mitgliedern.

Neuaufnahmen aus nicht zuständigen Industriezweigen dürfen in Zukunft nicht mehr stattfinden. Beitrittsklärungen sind dem zuständigen Verband zu überweisen.

Mitglieder, die bisher im Gegensatz zu der vorstehenden Abgrenzung der Industrien aufgenommen wurden, sollen zum Uebertritt in den zuständigen Verband veranlaßt werden. Ein Druck oder Zwang darf hierbei nicht ausgeübt werden, insbesondere nicht in Gebieten und Orten, in denen der Verband, dem diese Arbeiter angehören, Tarifverträge für die letzteren abgeschlossen hat. Nach Ablauf dieser Tarifverträge ist die Erneuerung derselben dem zuständigen Verband zu überlassen, soweit sich Ausnahmen nicht aus den besonderen örtlichen Verhältnissen ergeben. Bei Meinungsverschiedenheiten unter den Ortsvorständen entscheiden die Zentralvorstände.

Bei dem Uebertritt in den zuständigen Verband hat eine ordnungsgemäße Abmeldung zu erfolgen. Die Beiträge sind bis zum Tage des Uebertritts zu begleichen. Der Uebertritt erfolgt kostenlos unter Anrechnung der bis dahin geleisteten Beiträge. Der Beitragsleistung entsprechend tritt das Mitglied in die durch das Statut des Verbandes, zu welchem der Uebertritt erfolgt, bestimmten Rechte und Pflichten. Die Verschneidung für den geplanten Uebertritt oder die verlangte Abmeldung darf nicht verweigert werden, wenn das Mitglied für den anderen Verband zuständig ist und die Vorbedingungen erfüllt hat.

§ 5. Betriebsräte und Aufsichtsräte.

Die zuständige Organisation stellt aus ihren Mitgliedern die Betriebsräte und Aufsichtsräte. In Industriezweigen, wo beide Organisationen nach diesem Kartellvertrag zuständig sind, erfolgt eine Verständigung über eine angemessene Vertretung der mitbeteiligten Organisation. Der für die Industrie zuständige Verband behält aber auch dabei die Führung und Leitung.

§ 6. Lohnbewegungen.

Jeder Verband führt die Tarif- und Lohnbewegungen wie Streiks in seinem Agitationsgebiet selbständig ohne Hinzuziehung des anderen Verbandes, auch wenn dieser noch eine Anzahl Mitglieder haben sollte.

Lohnbewegungen und Streiks, an denen Mitglieder der beiden Organisationen auf Grund der vereinbarten Ausnahmen beteiligt sind, werden gemeinschaftlich eingeleitet und durchgeführt. Jede Organisation erhält in diesem Falle eine angemessene Vertretung bei den Besprechungen und Verhandlungen.

Bei Verhandlungen mit Arbeitgebern, an denen Vertreter des einen Verbandes nicht teilnehmen können, sind die Funktionäre des anderen Verbandes verpflichtet, für die Mitglieder des ersteren mit einzutreten und deren Interessen zu wahren.

Die Ortsverwaltung oder Gauleitung der Organisation, welche die Initiative zu einer gemeinschaftlichen Tarif- oder

Lohnbewegung ergreift, hat derselben Instanz der anderen Organisation rechtzeitig Mitteilung von der Bewegung zu machen, damit diese die nötigen Vorarbeiten zu einer Beteiligung an der Bewegung treffen kann.

§ 7. Beschwerden und deren Schlichtung.

Die Mitglieder und Funktionäre beider Verbände sind zur strikten Befolgung des Kartellvertrages verpflichtet. Beschwerden über Verstöße gegen den Vertrag und aus diesem sich ergebende Unzuträglichkeiten sind an die zuständige Gauleitung zu richten, die sie nach Prüfung der Tatsachen zu erledigen oder, wenn das nicht gelingt, dem Verbandsvorstand zu übermitteln hat.

§ 8.

Die Organisationszugehörigkeit der Maschinenisten und Geizer wird durch diesen Vertrag nicht berührt.

Hannover, Stuttgart, den 13. August 1929.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Carl Thiemig. Gustav Haupt. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Alwin Brandes. Otto Handke.

Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosenunterstützung.

Neben anderem ist das Vorliegen von Arbeitsfähigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erhalt der Arbeitslosenunterstützung. Im § 89 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist der Begriff der Arbeitsfähigkeit näher festgelegt. Danach gilt der als arbeitsfähig, der imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, wenigstens ein Drittel dessen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Bestehen Zweifel, ob Arbeitsfähigkeit im Sinne des § 88 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gegeben ist, und bedarf es infolgedessen besonderer Ermittlungen, so kommt einem vertrauensärztlichen Gutachten gewöhnlich große Bedeutung bei. Es ist aber nur eine der Grundlagen, auf der die über den Unterhaltungsanspruch entscheidende Stelle (Vorstand, Spruchauschuss, Spruchkammer) ihr Urteil zu bilden hat.

Dieses Rundschreiben ist für alle Versicherten von sehr großer Bedeutung. Es soll also nicht nur allein ein ärztliches Gutachten für das Vorliegen oder das Nichtvorhandensein von Arbeitsfähigkeit maßgebend sein, sondern auch noch andere Gründe. Es heißt da für die Versicherten aufpassen, daß das Rundschreiben von einzelnen Arbeitssachverständigen nicht zu ihrem Nachteil angewendet bzw. ausgelegt wird.

Zum Schluß sei noch einer Ausnahmerebestimmung gedacht. Diese ist im letzten Absatz des schon erwähnten § 88 festgelegt. Es ist nach dieser möglich, daß auch ein arbeitsunfähiger Arbeitsloser Unterstützung erhalten kann. Diese Ausnahmerebestimmung sei an einem Beispiel erläutert, da sie sonst für den einfachen Versicherten ziemlich schwer verständlich ist: Sind für einen Versicherten auf die Mindestdauer von 26 Wochen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet, obwohl der Versicherte eigentlich schon im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes arbeitsfähig war, so darf ihm später bei einer eintretenden Arbeitslosigkeit die Unterstützung mit der Begründung der Arbeitslosigkeit nicht verweigert werden, wenn sich kein förderlicher oder geistiger Zustand inzwischen nicht noch mehr verfestigt hat.

Beamtenbesoldung und Reichsetat.

In weiten Kreisen der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, daß die Beamtenbesoldung einen enormen Reichsanwuchs ausmache. Ein Blick in den Reichsetat von 1929 beweist jedoch, daß dem nicht so ist. Die Beamtenbesoldung umfaßt lediglich 5,5 Proz. des Gesamtanwandes. Noch kleiner ist der Anteil der Beamtenbesoldung über die die meiste Zahl der Beamtenstellen vertritt. Von dem Aufwandsanteil von 1,7 Milliarden Reichsmark entfallen auf die Beamten für Beamte nur 197 Millionen Reichsmark. Vom Gesamtanwandsanteil macht das nur 1 Proz. Die übrigen Reichsmark entfallen auf Ausgaben für Militärspendungen, Kriegsbefehlshaber, Kriegsgefangenenversorgung usw.

Leipziger Herbstmesse.

Die Leipziger Herbstmesse hat nicht die wirtschaftliche Bedeutung wie die Frühjahrsmesse. Das liegt schon daran, daß eine Anzahl Firmen die Wintermesse im Herbst nicht beschicken, daß auf der Leipziger Messe viele Maschinenfabriken und die elektrotechnische Großindustrie nur im Frühjahr vertreten sind.

Der Umstand, daß die ausländischen Besucher der Messen in Berlin auch die Messe in Leipzig besuchen, und der stärkere Besuch aus den nordischen Ländern, vor allem aus Schweden, Dänemark, Finnland, Dänzig und dem Memelgebiet bewirkt eine kleine Zunahme des Ausländerbesuchs.

Der bessere Ausländerbesuch hatte leider nicht zur Folge, daß auch die 8000 Ausstellerfirmen gute Aufträge erhielten. Die ersten beiden Tage sah es bezüglich der Bestellungen ziemlich ungünstig aus, weil die politischen Spannungen im Haag die geschäftliche Initiative zu nachteilig beeinträchtigten. Die Wirtschaft braucht eine Klärung der verworrenen Reparationsfrage, benötigt eine Ueberseht, um disponieren zu können.

In den ersten Messetagen wurden ziemlich trübe Allgemeinverdienste über den Auftragsbeleg einer Anzahl Branchen auf der Wintermesse herausgegeben. Es wurde allgemein mit einem mittelmäßigen Ergebnis gerechnet. Diese Hoffnungen scheinen sich nun nicht erfüllt zu haben.

Im Mittelpunkt der Technischen Messe stand die Baumeisse, auf der wohl weniger Baumaschinen, aber die Baustoffe vorwiegend vertreten waren. Das Glas trat besonders, gepreßt und hochgeblasen für Gebrauchsgegenstände und dergleichen, selbst für Brandmauern als Baustoff hervor. Das ist ein Zeichen dafür, daß sich Glas neue Absatzgebiete erobert.

Der von den Ziegelerverbänden angekündigte Großreform-Hohlziegel für die Bedürfnisse des Stahlblechbaues war noch nicht zu sehen. Die Minker kommen in immer schärferen Abtönungen heraus. Man erkennt daraus die Bemühungen der Ziegelinindustrie, den modernen Anforderungen gerecht zu werden. Auf der Baumeisse wurde auch dem ungarischen Zement Beachtung geschenkt, der hochwertige Eigenschaften besitzen soll.

Das geschäftliche Ergebnis der Baumeisse bezeichnen die Leipziger Zeitungen als gut. Selbst wenn man davon die lokale Schonfärbung abstreift, scheint es auf der Baumeisse zu annehmbaren Geschäftsergebnissen gekommen zu sein.

Die Porzellanindustrie ist wieder die Industrie, von der man Ungünstiges berichten muß, weil sie zu den Industrien gehört, die die schlechtesten Messeresultate machte. Das liegt vor allem daran: Das Porzellanprodukt wird nicht unbedingt gebraucht wie ein Baustein, sondern wird zum Teil als nicht dringend notwendig angesehen. Da auch die Läger noch ziemlich voll sind, wurde nur wenig gekauft. Außerdem haben die Porzellanfabrikanten noch die wirtschaftliche Dummheit begangen und haben in der Zeit schlechter Konjunktur die Preise um 10 Proz. erhöht sowie die Kontingentierung beschlossen.

Der Ausgang der Leipziger Herbstmesse ist ein wirtschaftliches Warnungssignal von größter Deutlichkeit. Wer nun noch nicht begreifen will, daß unsere Wirtschaftslage überwiegend von der Höhe der Kaufkraft abhängt, ist mit Willkür geschlagen. Wir wünschen die Einsticht der Verantwortlichen käme bald. Geschlecht nicht, wird das deutsche Volk trotz allen Fleißes, trotz allen Abblags, trotz aller Arbeitskraft infolge falscher, verblendeter Wirtschaftsführung immer tiefer in den Elend kommen. Das lehrt wahrlich der Ausgang der Leipziger Messe, die ein wirtschaftlicher Maßstab besonders Deutschlands ist und bleiben wird.

Die Weißglasindustrie Amerikas zur Zollfrage.

Wenige Tage sind vergangen, seitdem die Vertreter der Weißglasindustrie der Vereinigten Staaten Nordamerikas wieder einmal Berlin aufsuchten, um alte Bekanntschaft zu erneuern und neue Informationen in Deutschland zu erhalten. Es ist den Glasarbeitern bekannt, daß im Jahre 1927 der Vorsitzende der Weißglasindustrieorganisation, Kollege B. W. Clarke aus Toledo, und der Vertreter der amerikanischen Weißglasindustriellen, Herr Thom. W. Mc. Creary aus Monaca, ganz Europa gemeinschaftlich bereisten. Sie kamen damals mit dem Bewußtsein hierher, daß in Deutschland zehn Stunden pro Tag gearbeitet wird, und daß die deutschen Glasarbeiter die zum Export bestimmten Waren zu niedrigeren Marktpreisen herstellen, und so die Arbeiter selbst dazu beitragen, daß die deutsche Glasindustrie ein regelrechtes Dumping auf dem Weltmarkt treiben könne.

Beide genannte Herren haben uns wieder ihren Besuch abgestattet, und ganz natürlich wurden die Belange der Glasindustrie wieder durchgesprochen. Ebenso natürlich ist es, daß von uns die Frage der Zollrückstellungen für einzufließende Glaswaren angesprochen wurde. Unter Hinweis darauf, daß die Genfer Weltwirtschaftskonferenz sich für eine Wilderung der Zölle und für Beseitigung aller Handelsbeschränkungen eingesetzt habe, versuchten wir den Herren klarzumachen, daß das Vorgehen Amerikas in der Zollfrage sich eines Tages dahin auswirken müsse, daß ganz Europa sich in eine Zollunion schliefte, und daß dann die Vereinigten Staaten mit den schärfsten Gegenmaßnahmen der europäischen Industrie zu rechnen haben. Uns war freilich bei der Aeußerung der letzten Bemerkung nicht ganz wohl, weil leider alle europäischen Staaten von solcher wirtschaftlichen Vernunft noch sehr weit entfernt sind.

Die beiden amerikanischen Herren gaben zu, daß vom Standpunkt der weltwirtschaftlichen Vernunft ein Abbau der Zölle notwendig wäre, aber, so sagten sie, die amerikanische Industrie läme zum Erliegen, wenn es weiter möglich sein sollte, daß die europäischen Waren zu einem Preise in Amerika verkauft werden, der dem Herstellungspreis der Waren in den Vereinigten Staaten entspricht oder noch unter ihm liegt, wie es leider oft der Fall ist.

Kollege Clarke wies bei dieser Unterhaltung auf die große Arbeitslosigkeit der Glasarbeiter in seinem Lande hin, und erklärte diese Arbeitslosigkeit auf die große und zu sehr niedrigen Preisen erfolgte Einfuhr von Glaswaren, besetzt aus Deutschland, Belgien und der Tschechoslowakei, zurück. Clarke ging dabei auch zu, wie von seiner Organisation ständig ausgenommene Arbeiter der getriebenen Glasarbeiter, also der Glasmacher und Glasbleiber, Graveure usw., 35 Dollar pro Woche. Diese Zahl ist auch in dem von der Organisation gegebenen Bericht über Verhandlungen, die mit der Zolltariffkommission in Washington im Januar dieses Jahres stattgefunden haben. Der Vorsitzende der Organisation sagte dabei wörtlich: "Stimmen Sie unter Ihnen, meine Herren, der da sagen will, daß ein außerordentlich hoher Lohn sei?"

Keiner der anwesenden Herren hat den Lohn zu hoch empfunden. Damit vergleiche man die Löhne in Deutschland, und jeder wird dem amerikanischen Vertreter nachempfinden, welche Gefühle ihn bewegen müssen, wenn er dann unsere Lohnhöhen hört.

Es ist auch nicht möglich, etwa zu behaupten, daß trotz der hohen Löhne in der U.S.A. die Kaufkraft dort nicht höher sei als hier in Reichsmark. Aus den Veröffentlichungen des Büros für Arbeiterstatistik in Washington, einer kanakischen Einrichtung, geht klar hervor, daß die Lebensmittel in den Vereinigten Staaten sich an der Reichsmark gemessen, ungefähr auf gleicher Basis bewegen als in Deutschland. Verhältnismäßig sehr teuer sind Kleidung, Wohnung und Möbel.

Kollege Clarke fragte uns, was wir denn tun würden, wenn wir leben würden, daß immer mehr unserer Kollegen infolge eines billigen Imports von Glaswaren außer Arbeit kämen und die Fabriken stillgelegt werden müssen. Es ist natürlich schwer, solchen Argumenten entgegenzutreten, und wenn wir es trotzdem mit allen möglichen Dingen getan haben, so glauben wir nicht an die Beweisraft unserer Ausführungen. Es ist schon so, wie der Unternehmervertreter, Herr Mc. Creary, sich aus-

drückte, daß das deutsche, aber auch das europäische Unternehmertum an ganz veralteten Anschauungen hänge und des Glaubens sei, durch niedrige Löhne die Wirtschaft zu heben. Der Herr meinte, daß die europäischen Wirtschaftskreise der amerikanischen Wirtschaft nachfolgen sollten. Erst, wenn unter gleichen Löhnen und gleichen Arbeitsbedingungen Konkurrenz werden würde, wäre es möglich, zu vernünftigen Zollrückstellungen in der Weltwirtschaft zu kommen.

Wir glauben nicht, daß es den Vertretern der Exekutive der Glasarbeiterinternationale auf der gerade jetzt stattfindenden Tagung gelingen wird, den anwesenden Kollegen Clarke in der Zollfrage anzukommen. Clarke ist nicht Privatperson, sondern Vertreter seiner Organisation, und wie diese sich in der Zollfrage verhalten hat, geht deutlich aus ihrem Jahresbericht und aus der Nummer der Verbandszeitschrift hervor, die soeben eingelaufen sind.

Im "American Flint", so heißt die Monatschrift der Organisation, sind die Vorgehensregeln enthalten, die hinsichtlich der vom 1. bis 11. Juli dieses Jahres stattgefundenen Generalversammlung der Organisation gehalten wurden. Nachdem der Kollege Gilooly, der zweite Vorsitzende, die Versammlung eröffnet hatte, traten als Redner der Reihe nach auf ein Mitglied, der Vizepräsident der Stadt, der Vertreter der Gewerkschaften in Toledo und dann kam der Vorsitzende der Unternehmerorganisation der Glasindustrie. Ihm folgte dann Kollege Clarke.

Wir geben die Ausführungen der beiden Redner zur Zollfrage so wieder, wie sie im "American Flint" gedruckt sind, und unsere Leser werden dadurch einen Ueberblick über die Interessensolidarität der beiden wirtschaftlichen Gegner in der genannten Sache erhalten.

Der Vorsitzende der Unternehmerorganisation sagte: "Für Vizepräsident und ich, zusammen mit dem Herrn C. W. Hoe und Thom. W. Mc. Creary, haben seit dem ersten Teil des Jahres beträchtliche Zeit in Washington verbracht. Wir sind ein- und ausgegangen in dem Komitee für die Zollfragen, einschließlich des Finanzkomitees, aber wir haben nicht das erreicht, was wir für die Industrie für notwendig halten, in der Frage eines höheren Schutzes. Jedes Jahr vergrößert sich die Summe der abgelassenen Glaswaren, die in unser Land kommen, und wenn diese Produkte ganz oder teilweise in den Vereinigten Staaten produziert werden könnten, dann würde die Mitgliederzahl der American Flint Glass Workers Union (Arbeiterorganisation) bestimmt viel größer sein als jetzt. Im Jahre 1928 war der Betrag für die eingeführten abgelassenen und geschliffenen Gläser etwas weniger als 1 Million Dollar, wenn ich mich recht erinnere 864.000 Dollar. Im selben Jahre betrug der Wert für alle hineingekommenen Glaswaren 6 Millionen Dollar. Sie sagen, es ist unsere Pflicht, einen Tarif zu bekommen. Sie haben den Angelegten Ihrer Organisation und den Vertretern der Unternehmer eine Arbeit gegeben, von der bestimmt die meisten von Ihnen nicht wissen, wie weitreichend sie ist, und wie schwierig es ist, sie zu erledigen. Trotzdem sind wir berechtigt, mehr zu verlangen, als wir vom Komitee erhalten haben. Wir haben uns aufs beste bemüht, wir haben unsere Stimmen um Protest erhoben, wir haben Beispiele gebracht, daß unsere Verkaufspreise hier 100 Proz. höher liegen, und daß die Löhne in unserem Lande 4- bis 5mal größer sind, als in dem Lande, wo die eingeführten Waren produziert wurden."

Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß zwischen heute und dem 19. August, wenn der Senat in Washington zusammentritt, es unsere Pflicht ist, und das für jeden einzelnen von Ihnen, das zu tun, was wir getan haben. Sehen Sie sich hin und schreiben Sie einen persönlichen Brief an die beiden Senatoren Ihres Staates, ganz egal, wo Sie wohnen. Wenn Sie wünschen, und zu unterstützen, beginnen Sie diese Arbeit sofort, denn die Zeit ist kurz. Ihr Einfluß und der Einfluß aller Ihrer Mitglieder in Ihrem Ort kann ausreichenden Druck erzeugen, der durch Ihre Kongressmitglieder auf das Finanzkomitee übertragen wird. Das bedeutet viel für die Industrie. Ich fordere Sie auf, für die Industrie, für die Unternehmer und für Sie selbst das zu tun. Es wird nicht viel Zeit in Anspruch nehmen, aber der Effekt wird weit gefühlt werden."

Soweit der Unternehmervertreter. Seine Ausführungen sind eindeutig. Aber nicht weniger eindeutig sind die Ausführungen des Kollegen Clarke, wenn sie auch bedeutend kürzer und etwas gewundener sind. Die Ausführungen Clarks wurden später im Geschäftsbericht des zweiten Vorsitzenden ergänzt und laufen auf die Forderung hinaus, den Zoll so hoch zu stellen, daß gleiche Verkaufspreise für eingeführte und im Lande hergestellte Waren bestehen.

Clarke spricht erst über die Ausbehnung der maschinellen Produktion und sagt dann folgendes: Es ist noch eine andere Frage, die Sie beschäftigen muß, das ist die Frage des Imports.

Wenn Glaswaren nach hier geschickt werden würden zu einem Preise, der es gestattet, daß die, die unsere Mitglieder beschäftigen, damit konkurrieren könnten, würden wir keine ernstlichen Einreden zu machen haben, aber sie werden importiert zu einem Preise, der 8-22 Proz. niedriger ist, als die Produktionskosten derselben Artikel in den Vereinigten Staaten.

Das ist alles, was von Clarkes Ausführungen in dieser Sache gedruckt wurde. Clarke konnte kurz sein, weil, wie schon oben bemerkt, sein Kollege Gilwoly mit schwerem Geschick später aufzuführen ist.

Nach Beendigung der Aussprachen folgte dann der Geschäftsbericht, in dem der 2. Vorsitzende auch den Vortrag zum besten gibt, den er vor dem Zolltarifkomitee gehalten hat.

Wir glauben nicht, daß das, was hier von der Glasindustrie mitgeteilt worden ist, auf diese beschränkt ist. Wichtig wird sein, anzunehmen, daß die gleiche Interessenlosigkeit in dieser Frage auch in allen anderen Industrien zu treffen sein wird.

Man sollte meinen, daß auch das europäische Unternehmertum aus solchen Dingen lernen könnte. Leider ist davon nichts zu merken, und so kann nur ein dauernder Kampf der Gewerkschaften um Erhöhung der Löhne unser Ziel sein.

Der deutsche Glaserport stark gesteigert.

Bei allen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern in der deutschen Glasindustrie wird die Lage der Industrie immer als vollkommen schwarz bezeichnet. Durch die Industrialisierung und Mechanisierung in unserem Industriezweig im Ausland soll eine Verengung am Glasweltmarkt für die deutsche Produktion eingetreten sein.

Durch die vollständigen Tageszettungen laufen in letzter Zeit Veröffentlichungen über unseren Glaserport. Aus den Zahlen wird ersichtlich, daß trotz des Zusammenbruchs der Industrie der Export nach dem Ausland sich wesentlich gesteigert hat.

Es darf nicht bestritten werden, daß die Einfuhrzahlen an ausländischem Glas nach Deutschland seit dem Jahre 1925 ebenfalls gestiegen sind. In diesen Einfuhrzahlen liegt aber bis zu 50 Proz. die Produktion des Saargebietes, so daß an dem Verbrauch an Glaswaren, im gesamten deutschen Reich gemessen, die Einfuhrmengen aus dem Ausland nicht allzu hoch sind.

Der Außenhandel der gläserzeugenden und -verarbeitenden Industrie gestaltet sich in der folgenden Weise:

	Einfuhr	Ausfuhr
	in Mill. RM	
1925 1. Halbjahr	8,63	84,02
1925 2. "	7,87	90,79
1926 1. "	6,02	95,88
1926 2. "	10,53	81,29
1927 1. "	11,63	91,14
1927 2. "	17,12	101,89
1928 1. "	14,40	102,00
1928 2. "	18,18	109,36
1929 1. "	15,63	117,46

Die Steigerung des Exportes beträgt demnach gegenüber 1925 ungefähr 30 bis 40 Proz. In der gleichen Zeit hat sich die Einfuhr allerdings ungefähr verdoppelt.

Der steigende Export zeigt doch, daß die Glasindustriellen steigenden Absatz haben müssen und dabei sicher gut verdienen; denn die Industrieentwicklung geht doch damit auch wieder vorwärts.

Betriebswiederaufnahme in der mechanischen Fensterglasindustrie.

Durch die stark einsetzende Mechanisierung der mechanischen Fensterglaszeugung ist die handarbeitende Tafelglasindustrie, soweit gewöhnliche Fenstergläser hergestellt werden, in Deutschland fast vollkommen zum Erliegen gekommen.

Leipziger Herbstmesse-Bericht.

Die Leipziger Herbstmesse ist nicht das gewesen und brachte nicht die Aufträge, die die Porzellanfabriken gerne gewünscht hätten. Wie sie für die Porzellanindustrie ausgefallen ist, läßt sich am besten aus den einzelnen Angaben der Firmen aufwerfen.

Die Porzellanfabrik Philipp Rosenthal W. G. feiert ihr 50-jähriges Jubiläum und hat zu diesem Zweck eine Jubiläumsausstellung zur Messe veranstaltet. Die Ausstellung ist außerordentlich sehenswert und wird nach Messeschluß dem Leipziger Publikum 8 Tage, sowie in anderen größeren Städten Deutschlands gezeigt werden.

Die Ausstellungsräume des Lorenz-Gutschentreuthertonzerns Selb, Tischentwurf und Weiden wurden wieder außerordentlich stark besucht und werden auch weiterhin ihre Anziehungskraft auf das Publikum ausüben. Die Kunstabteilung dieses Werkes war in diesem Jahre die einzige Abteilung in Selb, die das ganze Jahr hindurch voll arbeiten konnte.

Von der Porzellanfabrik Köpitz wurde die Messe als mittelmäßig bezeichnet. Die Fabrik ist noch voll beschäftigt und kommt mit ihren Aufträgen bis Weihnachten hin.

Die Porzellanfabrik Vavaria, Illersricht, die übrigens ihre Selbstständigkeit noch nicht aufgegeben hat, ist mit den Messenaufträgen sehr zufrieden gewesen.

Die Porzellanfabrik Oberland, Windischschenebach, bezeichnete die Messe als schlecht. Die Preise bewegten sich abwärts. Es wurden meist billige Sachen verkauft.

Die Porzellanfabrik Heinrich & Co., Selb, gab an, die Messenaufträge seien im Umfange der vorigen Herbstmesse erteilt worden. Als Note müsse schlecht gezeichnet werden.

Die Firma Porzellanfabrik Edelstein in Rupp bezeichnete ihr Messengeschäft mit sehr gut. Es wurde gut verkauft.

Die Porzellanfabrik Stadtlengsfeld war mit kleinen Hoffnungen zur Messe gekommen, die nicht übertrumpfen wurden. Messengeschäft schlecht. Im Betrieb wird kurz gearbeitet.

Martina Lamich bezeichnete das Messengeschäft als mies. Die Fabrik war bisher stets beschäftigt mit Exportartikeln.

Die Porzellan- und Steingutfabrik Zell am Harmersbach gab als Hauptabtrag traurig und trostlos an. Die Herbstmesse könnte wegfallen. Sie hatte neue Dekore herausgebracht, darunter einen Plektodor.

Die Firma Alberti in Wilsdorf gab an, es sei nicht viel los. Sie hat neue Gefäße herausgegeben und Vasen, die Anklang gefunden haben. Ferner ließ sie ihre neuen Nüchergarnituren gefällig schätzen. Wir müssen selbst bestätigen, daß sie handlich sind.

Die Stilllegung der ehemals handarbeitenden Tafelglasbetriebe hat in einigen Bezirken direkte Verheerungen infolge der Arbeitslosigkeit angerichtet. Es soll nur an Witten-Lunen, Döbern und Kadeberg-Ornsdorf erinnert sein. In diesen Bezirken versuchen seit Jahren Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit teilweiser Unterstützung der öffentlichen Hand die Umstellung der Betriebe zum mechanischen Verfahren herbeizuführen.

Antwerpen.

Von der Gewerkschaftszentrale Antwerpen wird uns mitgeteilt, daß die Glasmacher und Anfänger bei der Société Internationale d'Exploitation de Verreries, S. A. (S. I. E. V. A.), Stevenslei, Deurne-Buid, Antwerpen, am Freitag, dem 23. August, ihre Kündigung eingereicht haben.

Pronthelm & Uebelberg, Selb, hatten eine bessere Messe als im Frühjahr. Note: zufriedenstellend. Auf die Anfrage, ob die Herren Verreries tatsächlich einen Verkauf ihres Betriebes beabsichtigen, wurde uns zur Antwort, daß sei eine Verleumdung und eine Geschäftsschädigung.

Die Porzellanfabrik Tuppach in Tiefenfurt war mit ihrem Messengeschäft ganz zufrieden. Vor allem brachten die neuen Sachen gute Erfolge. Reges Interesse zeigte sich für den Dekor Brüssler Gelspige, der sicher eine große Zukunft haben wird.

Die Porzellanfabrik Müller in Schwarza hat nicht das erreicht, was sie im Frühjahr hereinbrachte. Dstern war sehr gut gewesen. Schlechte Geschäfte im Herbst.

Die Porzellanfabrik Barentzer, Waldjassen, bezeichnete den Auftragsengang mit kaum genügend. Das Messengeschäft war wesentlich schlechter als im Vorjahre. Die Neuheiten der Firma waren Kindererfolge.

Die Porzellanfabrik Köpitz wurde die Messe als mittelmäßig bezeichnet. Die Fabrik ist noch voll beschäftigt und kommt mit ihren Aufträgen bis Weihnachten hin.

Die Porzellanfabrik Vavaria, Illersricht, die übrigens ihre Selbstständigkeit noch nicht aufgegeben hat, ist mit den Messenaufträgen sehr zufrieden gewesen.

Die Porzellanfabrik Oberland, Windischschenebach, bezeichnete die Messe als schlecht. Die Preise bewegten sich abwärts. Es wurden meist billige Sachen verkauft.

Die Porzellanfabrik Heinrich & Co., Selb, gab an, die Messenaufträge seien im Umfange der vorigen Herbstmesse erteilt worden. Als Note müsse schlecht gezeichnet werden.

Die Firma Porzellanfabrik Edelstein in Rupp bezeichnete ihr Messengeschäft mit sehr gut. Es wurde gut verkauft.

Die Porzellanfabrik Stadtlengsfeld war mit kleinen Hoffnungen zur Messe gekommen, die nicht übertrumpfen wurden. Messengeschäft schlecht. Im Betrieb wird kurz gearbeitet.

Martina Lamich bezeichnete das Messengeschäft als mies. Die Fabrik war bisher stets beschäftigt mit Exportartikeln.

Die Porzellan- und Steingutfabrik Zell am Harmersbach gab als Hauptabtrag traurig und trostlos an. Die Herbstmesse könnte wegfallen. Sie hatte neue Dekore herausgebracht, darunter einen Plektodor.

Die Firma Alberti in Wilsdorf gab an, es sei nicht viel los. Sie hat neue Gefäße herausgegeben und Vasen, die Anklang gefunden haben. Ferner ließ sie ihre neuen Nüchergarnituren gefällig schätzen. Wir müssen selbst bestätigen, daß sie handlich sind.

Schuld des Arbeitnehmers:

Table with 3 columns: Category, Unfälle, Percentage. Includes items like 'Nichtbenutzung oder Beseitigung vorhandener Schutzvorrichtungen', 'Handeln wider bestehende Vorschriften', etc.

Sonstige Ursachen:

Table with 3 columns: Category, Unfälle, Percentage. Includes items like 'Fehlen von Schutzvorrichtungen', 'Schuld von Mitarbeitern', etc.

Der Bericht besagt darüber folgendes: „Aus obiger Zusammenstellung ergibt sich, daß der Prozentsatz der auf die Schuld des Arbeitgebers zurückzuführenden Unfälle 1928 eine nicht unbedeutende weitere Abnahme erfahren hat. (Von 6,4 auf 3,8 Prozent.)

Dazu wäre folgendes zu sagen: Erstens scheint es uns, als wenn die Gruppierung nach den Unfallursachen etwas allzusehr zugunsten der Arbeitgeber zugeschnitten ist. Wenn man die Rubrik „Sonstige Ursachen“ genau durchsieht, kommen einem besondere Gedanken.

Wenn man aber dann die unter Ziffer 11 angegebenen Zahlen betrachtet, wird die Sache noch schlimmer. Diese Zahlen haben sich gegen 1927 ganz bedeutend, und zwar von 1161 im Jahre 1927 auf 1536, oder um 37% im Jahre 1928 vermehrt.

Wir möchten das stark bezweifeln. Ein ganzer Teil der unter Ziffer 11 einrangierten Fälle läme sicher bei näherer Untersuchung auf das Schuldkonto der Unternehmer.

Wesentliche Besserung in dieser Beziehung wird erst dann eintreten, wenn auch die Arbeiterschaft als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben ein gewichtiges Wort mitzureden hat.

Woh noch eins. Aus der Praxis sind uns unzählige Fälle bekannt, wo die Vorschläge der Arbeitnehmer oder ihrer Vertreter, mochten sie noch so gut sein, auf besseren Schutz der Arbeiterschaft gegen Unfälle von den Unternehmern einfach nicht beachtet wurden.

Ein Ermahnung an die Unternehmer, sich gegen die Forderungen der Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften, etwas anders einzustellen wie bisher, wäre eher angebracht.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, arbeitet alle mit an der Verhinderung und Verhütung von Unfällen, damit in Zukunft die Rubriken: Leichtsin, Unachtsamkeit, Trunkenheit usw., keine Zahlen mehr aufzuweisen haben.

der Schutzvorrichtungen muß jeder mitarbeiten. Jeder Vorschlag, welcher der Verbesserung der Schutzvorrichtungen dienen könnte, muß den revidierenden Stellen zur Kenntnis gebracht werden.

Leben und Gesundheit sind das kostbarste Gut der Menschheit, auf dem die ganze Wirtschaft ruht. Deshalb muß alles getan werden, um es zu schützen.

Ueber die weiteren Veröffentlichungen des Jahresberichts obiger Genossenschaft, z. B. über die gezahlten Entschädigungen und Renten usw., werden wir in einem weiteren Artikel eingehen.

Ziegeleiarbeiter zur Arbeitslosenversicherungsreform!

In einer sehr gut besuchten, vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Chemnitz und Umg., einberufenen Ziegeleiarbeiterversammlung am 24. August sprach der Kollege Schumann, Chemnitz, vom Vaugewerksbund über die Frage: „Wird der Saisonarbeiter im kommenden Winter Arbeitslosenunterstützung, wie lange und in welcher Höhe erhalten?“

Im der sich anschließenden Debatte nahmen zahlreich in den Ziegeleien als Arbeiter beschäftigte Kollegen zu den Ausführungen des Referenten, zu den Vorschlägen der sogenannten Sachverständigenkommission und zu der Vorlage des Reichskabinetts Stellung. Mit aller Entschiedenheit wurde die Hebe der bürgerlichen Zeitungen gegen die Unterstützung der Saisonarbeiter zurückgewiesen.

„Die am 24. August 1929 in Chemnitz sehr zahlreich versammelten Ziegeleiarbeiter nehmen erneut zur Arbeitslosenversicherung Stellung; die Ziegeleiarbeiter lehnen jede Verschlechterung ab. Sie wenden sich ganz besonders gegen die Hebe der bürgerlichen Zeitungen und sogenannten neutralen Presse, die Unterstützung der Saisonarbeiter betreffend.

Im Schlusswort brachte der Referent nochmals zum Ausdruck, daß er und die Versammlungsleitung vollkommen einig mit den Forderungen der Ziegeleiarbeiter seien, daß auch die Gewerkschaften und Arbeiterparteien die Meinung vertreten, daß der Ziegeleiarbeiter im Winter in der Weise unterstützt werden muß, wie das das Gesetz vom 16. Juli 1927 vorsch, und daß alles getan werden müßte, um die geplanten Verschlechterungen zu verhindern.

Gronau - Alfeld.

Am 18. August tagte in Marienhagen die Delegierten-Konferenz der Bezirkszahlstelle. Der Geschäftsführer, Kollege Klemm, gab zunächst den Geschäftsbericht, der den Delegierten auch gedruckt vorlag. Eingangs behandelte er die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Industrien und zeigte dabei, daß insbesondere die Pappenindustrie eine rückläufige Konjunktur habe.

vertretung einräumen zu müssen. Auch gibt der Geschäftsbericht Aufschluß über das weitere Vordringen der Organisation in den einzelnen Betrieben. So wie die Maßnahmen der Ziegeleiarbeiter führten, daß sich die Ziegeleiarbeiter immer fester organisierten, so hat auch die Organisation im Kalkwert Marienhagen wieder Einfluß erhalten.

Am 19. August in Marienhagen tagende Vertreterversammlung der Zahlstelle Gronau-Alfeld des Verbandes der Fabrikarbeiter protestiert aufs schärfste gegen die systematische Hebe, die unter Führung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen die Arbeitslosenversicherung in der Reichweite betrieben wird.

Vom Wert der Arbeiterfreiheit und -ferien.

Zu dem, was uns als Arbeiter die Revolution Gutes brachte, gehören die Ferien und die verkürzte Arbeitszeit, die wir als eine Kulturtat anpreisen können. Freiheit ist Erlösung vom Alltäglichen, daher ethischer Wert. Und an ethischen Werten hat die heutige Zeit den größten Mangel.

Freizeit gibt es Arbeiter, die mit ihrer, doch wirklich geringen Freizeit nichts anzufangen wissen. Denen wurde nie klar, daß Menschsein die höchste Würde ist, die es nur zu erringen gibt. Aber mit großer Freude kann man feststellen, daß es immer mehr Arbeiter gibt, die mit ihrer Freizeit nicht mehr auskommen.

